

Der

Tabak-Erbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt 1.50 Mark für das Werkjahr ohne Bringerlohn.

Unterlagen müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Angeliegenpreis beträgt 50 Pf. für die 8 geplante Beilage. Der Vertrag ist im vorraus zu entrichten.

Nr. 10

Sonnabend, den 7. März

1920

Richtlinien für die Wahlen zu den Betriebsräten.

Die am 24. Februar abgehaltene Sitzung des Ausschusses vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund über die Wahlen zu den Betriebsräten gegen 8 Stimmen folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Das Recht über die Betriebsräte gibt den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit, in den Betrieben mit weitausreichendem Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Durchführung gewerkschaftlicher Arbeitnehmervertretungen und wirtschaftlicher Förderung des Betriebes auszuüben. Die Gewerkschaften sind daher in hohem Maße daran interessiert, daß bei den ersten Wahlen zu den Betriebsvertretungen (Betriebsräten, Betriebsobmannen, Betriebsausschüssen, Arbeitern und Angestelltenräten) möglichst zahlreiche gewerkschaftliche Vertreter eingesetzt werden. Es ist deshalb Wichtig aller Gewerkschaften des A. D. G., ihre ganze Kraft auf die erfolgreiche Durchführung dieser Wahlen zu konzentrieren.

2. Die Neigung, diese Wahlen zu einer Machtprobe politischer Parteikämpfe zu machen, ist für die Wahl anstrengender. Die eine rein politisch-wirtschaftliche Seite soll, und für die wirtschaftlichen Interessen höchst nachdrücklich und eindrücklich die Gewerkschaften, alle politischen Einflüsse von diesen Wahlen möglichst fernzuhalten. Notwendige Verhandlungen sind nur von gewerkschaftlicher Seite einzubringen. Bei Verhandlungen sind lokale Arbeiterschäfte der verschiedenen Bildungen gleichmäßig zu berücksichtigen.

3. Die allgemeinen Vorbereitungen für die Wahlen werden zweckmäßig durch den Ortsausschuß des A. D. G. (Gewerkschaftsrat) getroffen. Derselbe verständigt sich mit dem in Betracht kommenden Eingangsvertreter, der die in seinem Bezirk notwendigen Maßnahmen, wie die Agitation, gibt die Drucksachen heraus und sorgt für die Zusammensetzung der Wahlbergschriften.

4. In Orten, wo kein Ortsausschuß vorhanden ist, sollen die dafür bestimmteten Gewerkschaften für die Wahlen einen gemeinsamen Wahlausschuß.

5. Bei besonders gelagerten Betriebsverhältnissen (Handelsfirma, Großwirtschaft, Bergbau) kann die Wahlvorbereitung den für diese Berufe zuständigen Gewerkschaften nach vorheriger Verständigung über das erforderliche Zusammenspiel mit dem Ortsausschuß überlassen werden.

6. Bei den Wahlen zu diesen Betriebsvertretungen ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des A. D. G. B. notwendig. Wahlkammein mit anderen Gewerkschaftsgruppen sind zu vermeiden. Dagegen ist eine Verständigung mit den Ortsvertretern der Arbeitgeberseite freier Angestelltenverbände (Aia), der auch andere Angestelltenverbände angehören, zweckmäßig, um Wahlstimmenmengen auszugleichen.

7. Für die Gewerkschaften des A. D. G. B. ist der größtmögliche Wählerlohn gestellt, wenn die Stimme nicht durch verschiedene Vorschlagslisten aus ihren Reihen verdrängt wird. Eine Verschärfung mit den vorhandenen Strömungen innerhalb unserer Gewerkschaften im Bezirk des Ortsausschusses über gemeinsame Vorschlagslisten ist deshalb in jedem Fall anzustreben. Eine solche Verständigung ist aber nur möglich auf dem Boden der Nürnberger Kongressbeschlüsse.

8. Die Ausstellung von Vorschlagslisten erfolgt durch die für fragliche Betriebe zuständigen Gewerkschaften. Sind in einem Betriebe mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen.

9. Die aufzustellenden Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des A. D. G. B. angehören, oder wenn sie Angetreute sind, einer der Aia angehörenden Organisation. Der Aia-Kandidat darf nicht die politische Richtung der Gewerkschaftsmitschriften nachdrückend sein, sondern es müssen gewerkschaftliche und berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und moralische Festigkeit auftritt.

10. Für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste dienen Grundlagen entsprechend aufgestellt, so daß kein Mitglied einer dem A. D. G. B. angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat für die Verpflichtung stellt, da die Ausstellung der Kandidaten erfolgte ohne Rücksicht auf ihre politische Ausrichtung und ohne daß sie zu einer Erklärung darüber gestellt wurden, wie sie sich zur Aia-Organisation oder zu einer sonstigen politischen Partei erklärten.

11. Abende Organisationsvertreter und andere Beitragsverhöhungen für Aufgaben der Betriebsvertretungen soll nicht genügen. Dagegen ist es ausreichen-

der Gewerkschaften, die Betriebsvertreter ihrer Organisation, und Ausgabe des Ortsausschusses, bis Betriebsvertreter im allgemeinen, in Sitzungen und Versammlungen über ihre Rechte und Pflichten aufzutreten und mit den wichtigsten Informationen und Instruktionen zu versehen.

Frauenarbeit im Verbande.

In Nr. 3 des „Tabak-Erbeiter“ wurde an dieser Stelle ausdrücklich festgestellt, daß es unzulässig und aussichtslos ist, die Frauenarbeit durch ein Verbot aus der Welt zu schaffen und es vielmehr darauf ankommt, die Möglichkeiten, die die Erwerbstätigkeit der Frauen und Mädchen im Besitze hat, zu betonen. An der Befestigung dieser Möglichkeiten hat die Gewerkschaftsarbeit in ihrem Sinn Erfolg gehabt, und deshalb müssen auch weibliche Arbeitern gleichzeitig interessiert und beschäftigt werden, auch gemeinschaftlich wirken, um eine Anerkennung der Dinge in ihrem Sinn herbeizuführen. Wer ebenso wie die Befestigung der Arbeiterschaft nur das Ziel der Arbeiterschaft selbst sein kann, werden auch die Frauen nur aus der wirtschaftlichen Siedlung herauskommen, wenn sie nicht den Männern das Feld alleine überlassen, sondern selbst recht fristig an allen Betriebsübungen teilnehmen, die darauf gerichtet sind, die Lage der weiblichen Arbeiterschaft und damit aller, zu verbessern. Nur wenn alle Arbeitnehmerin sich von diesem Gedanken leiten lassen und ihre Handlungen danach einrichten, wird das gesuchte Ziel sicher zu erreichen sein.

Warum war es denn möglich, die Frauen so lange wirtschaftlich und politisch zu unterdrücken? Doch nur weil sich viele Frauen und Mädchen um wirtschaftliche und politische Dinge überhaupt nicht kümmerten. Hier möchten sich die Folgen der ungeheuren Arbeitslosigkeit der Frauen, die neben der Erwerbstätigkeit noch die Pflege des Hauses in den Händen hatten, gegen die Wirkungen einer falschen Erziehung reten hier in die Erziehung. Immer wieder ist den Frauen von interessierter Seite Verteilbarkeit und Zurückhaltung empfohlen worden, daß sie für sich nicht schäfe, Körderungen zu stellen und sich um andere als häusliche Dinge zu kümmern. Das die Unternehmer diese energetische Diskrepanz der Frauen ausgenutzt haben, überallzuviel nicht. Wer alles das und mehrmals sich ergeben läßt, weiß doch gegen Ungerechtigkeit und Willkür nicht ausbaumt und sein Los als unabänderlich betrachtet, braucht sich schäfisch nicht zu kümmern, wenn andere Leute aus seiner Haut riechen können. Auf die Beihilfe in der Tabakindustrie angewandt würde es mit anderen Worten heißen: Wer sich von den erwerbstätigen Frauen und Mädchen nicht dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande anschließt, und wer sich nicht in ihm betätigt, hat keine Urtage, darüber zu klagen, wenn die Unternehmer von dem Unternehmen als Pohnträger und Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Nur wenn sich die Ausarbeiteten beiderlei Geschlechts in mächtigen gewerkschaftlichen Organisationen zusammenführen, Schulen und berätigen, wird es möglich sein, diese unfehlbaren Zustände zu beseitigen.

Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß dies nicht immer mehr an Boden gewinnt, und nicht nur Männer, sondern auch Frauen sich in großer Zahl den gewerkschaftlichen Organisationen anschließen. Die freien Gewerkschaften Deutschlands konnten am Schlusse des Jahres 1919 insgesamt über 700 000 Mitglieder melden, gegenüber noch nicht 1 000 000 am Jahresende 1918. Bei einem erheblichen Teil ist dieser Anstieg auf die weiblichen Mitglieder zurückzuführen. Während am Schlusse des Jahres 1900 erst 22 884 Arbeitnehmerinnen den freien Gewerkschaften angehörten waren, also weniger als die Hälfte der heute im Deutschen Tabakarbeiter-Verband vorhandenen weiblichen Mitglieder, stieg die Zahl auf 675 816 am Ende des Jahres 1918. Und auch diese Zahl dürfte heute weit überstehen sein. Allein in unserem Verbande ist die Zahl der weiblichen Mitglieder im letzten Jahr mehr als verdoppelt und beträgt nunmehr über 100 000.

Worin die große Mitgliedszahl allein liegt noch keine Gewißheit darin, daß der Verband nun auch alle ihm gefestigte Aufgaben befriedigend lösen kann. Von wesentlicher Bedeutung ist das Verhältnis der Tätigen in den unterschiedlichen und den gesetzten Mitgliedern. Gelingt es nicht, einen großen Teil der Mitglieder zu binden und gesetzten Gewerkschaften zu machen, dann wird auch eine große Mitgliedszahl nicht ausreichen sein. Die Tätigkeit einer Organisation erfolgt nur zu gestalten. Die Behandlung dieser Frage ist besonders wichtig in einem Verbande, der, wie unser, mit einer großen Zahl neuer und weiblicher Mitglieder zu rechnen hat. Diese neuen und weiblichen Mitglieder zu binden und gesetzten Gewerkschaften heranzubringen, mag die dringendste und vornehmste Aufgabe sein. Gelingt es sie jedoch noch nicht be-

hauptet werden, daß sich die weiblichen Mitglieder entsprechend ihrer zahlmächtigen Stärke am Verbandsleben beteiligen. Es wurde festgestellt, daß nur in 22 von 515 Städten der Posten eines 1. Bevollmächtigten von Kolleginnen bekleidet wird. Auf dem letzten Verbandsstag waren von 119 Delegierten nur 24 weiblichen Geschlechtsträgern die Bevollmächtigten bekleidet. Weitere 24 auf den Verbandsstagen allerdings noch schiefster bekleidet. Eine Besserung für die Zukunft kann nur erfolgen, wenn die Kolleginnen an allen Verbandsversammlungen einen Anteil nehmen. Als Vorbild mögen die Frauen und Mädchen dienen, die in recht vielen Städten während der schweren Zeit des Krieges die Geschäftsführer und manche Sabotatoren vor dem Zusammenbruch gerettet haben. Ihnen gebührt noch heute Dank und Anerkennung. Es sollen nur durchaus nicht die Schöpferleistungen verkannt werden, die sich der Befreiung der Frau im Gewerkschaftsleben entgegenstellen. Für sie ist in diesen Fällen die Arbeitszeit unbegrenzt. Neben der Erwerbstätigkeit muß sie vor Beginn der regulären Arbeitszeit darauf bedacht sein, daß Mutter und Kinder sauber und hell gekleidet, sowie mit dem nötigen Proletar bekleidet rechtzeitig zur Arbeit und zur Schule gehen können. Nach Beendigung der Arbeitszeit in der Fabrik harrt ihrer Arbeit in Hülle und Fülle. Es gibt aber auch viele Frauen und Mädchen, bei denen diese Hemmungen nicht vorhanden sind, die sich aber trotzdem im Verbande nicht so betätigen, wie sie es könnten und mühten. Diese und mit ihnen auch viele Männer glauben, ihre gewerkschaftliche Tätigkeit sei erschöpft, wenn sie regelmäßig ihre Beiträge bezahlt und sich gelegentlich bei dem Bevollmächtigten nach dem Termin der nächsten Lehrerschließung erkundigen. Werden alle so handeln und die Hände in den Hosentaschen legen, dann wäre es ausgeschlossen, den Verband zu stärken und damit die Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Zu dieser Verbesserung gehört natürlich auch die Befestigung der ungelenken Beaufsichtigung der Männer und Frauenarbeit bei gleicher Leistung. Um die Regelung dieser Frage, sowie an diesen anzuregen, die vom Verband geregelt werden müssen, sind die Frauen ganz besonders interessiert und es sollte deshalb keine Körperschaft innerhalb des Verbandes mehr geben, in der nicht auch weibliche Berufsangehörige vertreten sind. Dasselbe gilt für die zu wählenden Betriebsräte. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß die Kolleginnen nur ehrenamtliche Posten bekleiden sollen, sondern sie sollen, soweit sie die nötigen Fähigkeiten dazu haben, auch zu bestellten Amtern herangezogen werden. Den Anfang hierzu haben die Dresdener Mitglieder schon vor einigen Jahren gemacht, indem sie eine Kollegin zur Beamtin wählten. Der Verbandsstag in Bremen bestimmte eine Frau zur bestellten Sekretärin, in den Vorstand. Ferner sind zwei bestellte Bezirksleiterinnen vom Vorstand angeholt worden. Auch dem Verbandsausschuß gehört seit einer Kollegin am Führer die Beaufsichtigung eines Postens im Verbande, ganz gleich, ob er bestellt oder unbestellt ist. Dann natürlich nur die Fähigkeit und Tüchtigkeit, nicht aber die Augenbrille zu einem bestimmten Geschlecht in Frage kommen. Es ist aber ein ungelenkes Verhältnis, wenn eine Organisation, die zu drei Vierteln aus weiblichen Mitgliedern besteht, ihre Geschäfte zu drei Vierteln von männlichen Mitgliedern erledigen lassen muß. Hierin muß eine Aenderung eintreten, und sie kann erfolgen, wenn die weiblichen Mitarbeiter unseres Verbandes sich mehr schulen, um allen Aufgaben, die das gewerkschaftliche Leben an stellt, gewachsen zu sein. Diese Schulung muss erfolgen durch eine Ausbildung aller Bildungsmöglichkeiten.

Nicht notwendig aber vielleicht gar schädlich dürfte es sein, besondere Verhandlungen für die weiblichen Mitglieder zu treffen. Hierdurch würde die Absonderung und Herauslösung der Frauen und Mädchen nicht bestmöglich werden. Es entsteht dann leicht die Meinung, andere Verhandlungen seien für die weiblichen Bevollmächtigten minder wichtig. Männer und Frauen haben das gleiche Interesse daran, daß die Ausübung der menschlichen Arbeitstätigkeit befriedigt wird und sollten deshalb auch beide Geschlechter gemeinsam und nicht getrennt den gewerkschaftlichen Normen folgen. Dieser Grundriß kommt auch im Verbandsstatut zur Geltung, indem seine bestehenden Verträge und Einrichtungen für weibliche Mitglieder vorgesehen sind. Aus denselben Gründen ist auch im „Tabak-Erbeiter“ keine bestellte Rücksicht für Frauenfragen vorgesehen, weil eben alles von allen gelernt werden soll.

Der „Tabak-Erbeiter“ wird, soweit es der Raum gestattet, über alle grundlegenden gewerkschaftlichen Fragen Auskunft schaffen, aber alle wichtigen Verhandlungen müssen, soweit sie für die Tabakarbeiterbewegung von Bedeutung sind, berichten und dazu, wenn erforderlich, Erklärung nehmen. Welcher ist über auch noch

wendig, daß die Kolleginnen Ründig die Versammlungen besuchen, rege an der Aussprache teilnehmen und ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Jede Juristin hältung ist hier falsch angebrachte Bescheidenheit. Die Frauen müssen sich endlich einmal lebhaft vor der durchsichtige Erziehung hervorgerufenen Aufschwung befreien als siejen sie zu Duldern berufen. Über auch einem der Männer muß bei dieser Gelegenheit klar genug werden, daß sie gegenüber den weiblichen Vereinsangehörigen nicht immer die richtige Haltung einnehmen. Sie müssen die Frauen aufklären und zur Mitarbeit heranziehen, anstatt sie abzutun. Der Seg: „Davon verstecken die Frauen doch nichts“, sollte nicht über die Lippen eines aufgestellten Arbeiters kommen, denn er ist nicht richtig und wenn er richtig wäre, nicht schmeichelhaft für die Männer. Darum müssen die schwummernden Schönheiten und Kräfte der Frauen und Mädchen geweckt und dem Verbande dienstbar gemacht werden, denn in der Tabakindustrie heißt es für die Arbeitnehmer: Wer die Frauen hat, der hat die Zukunft.

Tabaksteuer und Zigarettenindustrie

Am Sonnabend, den 28. Februar, hat sich der Reichsrat mit der Ermäßigung der Säuer im Tabaksteuergesetz beschäftigt. Gegen die Stimmen von Sachsen und Bremen wurde eine Verordnung über die weitere Ermäßigung der Tabaksteuer angenommen. Die ursprüngliche Regierungsvorordnung wollte die Ermäßigung auch für das Algar- genemenge derart einführen, daß sich die Steuerzölle für die obersten vier Klassen um 40 Prozent ermäßigen sollten. Die Algarus des Reichstages hat für das Algar- genemenge den fünf oberen Klassen eine Ermäßigung zugestimmt und sie auf 80 Prozent erhöht. Um dem Algar- gewerbe einen Ausgleich zu verschaffen, wurde die Ermäßigung für die ersten von 70 auf 75 Prozent erhöht. Dem läufenden Vertreter ging die Ermäßigung für die Garantieindustrie nicht weit genug, während der Vertreter von Bremen das gleiche Moment für die Garantieindustrie betonte. Die Mehrheit des Reichstages ließ es aber bei den Vorschlägen des Auschusses bemenden.

Vom Reichsrat geht dieser Beschluss an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss und von dort an das Blaue Wirtschaftsamt. Sobald weitere Weislichkeiten vorliegen, werden wir unsere Mitglieder davon unterrichten. Zeit steht oben schon fest, daß mit dem Inkrafttreten des neuen Tabaksteuergesetzes am 1. April gerechnet werden muß. Unter Verband und die Vertreter des eben in der Nationalversammlung verordneten Gesetzes dringen, daß die Regelung gefestigt wird, wie alle Zweige der Tabakindustrie die Weltproduktion erschwinglich und seine Gruppe auf Kosten der anderen bevorzugt oben benachteiligt. Unter allen Umständen muß verhindert werden, daß die Räumlichkeiten in der Zigarettenindustrie zur Entstaltung der Arbeiter und Angestellten führen. Entlassungen dürfen aus dann nicht stattfinden, wenn durch die neue Tabaksteuer ein Unternehmensgewinn in der alten gewohnten Höhe nicht mehr möglich ist. In solchen Fällen muß das Interesse der Allgemeinheit, nicht das Profitinteresse der Unternehmer maßgebend sein.

Der Reichsarbeitsgerberband der Zigarettenindustrie sah in seiner Hauptversammlung am 26. Februar in Berlin, die aus allen Teilen Deutschlands sehr zahlreich besucht war, folgende Entschließungen:

der, folgende Entschließung:

Die Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes der Bergbaubranche Südwürttemberg mit den vom Reichsbauinspektorat neugesetzten Belehrungen der neuen Tiefbauvereinzelung absehbar, schreibt unter den heutigen Verhältnissen eine Befreiung im Rahmen eines vom Reichsbauinspektorat vorgeschafften Ermbildung der Steuerpflichtigen, die gegen die Vorschriften der leichten Überzeugung sind, durch eine solche Bildung in einem ersten Schritt erreichbar und zu einer harten Einschätzung, wenn nicht vollständige Stilllegung der Abgabentradition führt. Das Reichsbauinspektorat glaubt von seinen Vorbildern, die sich auf Wunsch absehbar die Vertreter der Industrie auf die Holzen und die Auswirkungen hinweisen haben.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir uns gegen Überbelastungen wenden, wie sie von einzelnen Firmen bestehen

Die Direktion der Zigarettenfabrik B. Neemtsma und Söhne in Erfurt verleidet ein Schreiben "Etwas zum Nachdenken!" über die Preisgestaltung der Bla-

Die Löhne sind gegenüber der Vorriegszeit um das Drittel gestiegen, die Arbeitsleistungen um die Hälfte aufgezogen, der Nutzen der Arbeitsleistung dementsprechend um das Gehaltsniveau verteuert.“

Wir möchten beweisen, daß ebenfalls die Löhne in der Gigarettenindustrie und das Gehaltsniveau gestiegen sind. Entwicklungen bestreiten müssen wir die Behauptung, daß die Arbeitsleistung der Gigarettenarbeiter und -arbeiterinnen in die Hälfte zurückgegangen ist. Wohl ist ohne Verlusten der Arbeitskraft die Arbeitsleistung durchschnittlich infolge des schlechteren Materials, der monatlichen Erkrankung und der sonstigen Nachwirkungen des Krieges, sehr lange nicht in dem Umfang, wie von den oben an-

Mit Energie werden wir uns gegen jeden direkten und indirekten Versuch wenden, das bekannte Märchen von der Arbeitsunlust der Arbeiter auf die Fahrtobehörlichkeit

zu übertragen. Wenn schon einmal Arbeitsdunstlungs gesucht werden sollen, dann wird es mit Ausdruck auf Erfolg in den Kreisen geschehen können, die am meisten über die Arbeitsdunst der Arbeiter klagen, selbst aber in ihrem Leben noch keine nützliche Arbeit verrichtet haben.

Ertrag der Zigarettensteuer.

Im dritten Quartal des Rechnungsjahres 1919 erbrachte die Steuer für Zigaretten, Tabak und Hölzer 72 702 739 M., der Kriegszuschlag 122 059 572 M. In den ersten drei Quartalsjahren 1919 belief sich der Steuerrabtrag auf 182 607 603 M., der Kriegszuschlag auf 309 557 800 M.

Aus den Gauen und Zählstellen

In der am Sonntag, den 1. Februar, im Generalschloss aus stattfindenden Saontfernen hielt Festungsführer von Berlin die Reitgärtner über den in Elsnigk abgeschlossenen Reichstag. Festungsführer schrie aus, daß es "herren gebeten habe, das zu erlingen, was uns durch den Tartzl geboten wird, treulich und ehrlich sei der Weisung ist, daß der Tartzl in keinerlei nicht genügend sei der Weisung, welche die verschiedenen Positionen des Tartzls durch vierde die Vorstelle des Tartzls verhindern". Vorsitzender Stadtm. und Oberdeutschland haben bei dieser Weisung angedeutet, daß die Soldaten nur begrenzt können, wenn sie die Weisung des Reichstagsdienstes daran zu leben, um den Tartzl so auszuhören, daß auch die protestantischen Arbeitnehmer noch Vorstelle dafür ertragen, soloch die Festungsführer keine Ausflüchtungen. An der darauf folgenden Rittlegie leiste eine starke Rittil ein. Wohl kost alle Delegierten sommern, daß die Arbeitnehmer nicht einverstanden erklären. Ein Reichstags-Diel berichtet, daß die Arbeitnehmer heute über den Reichstagshinzuweisung und die Weisung, welche heute über den zu erößlen verhindern. Festungsführer von Berlin ist in Elsnigk nicht anwalt, Gegner von Tartzl zu sein. Er bedauerte, daß sein Arbeitlohn nicht unter 50 Pf. schließen, in Elsnigk nicht über Durchschnitt gelangt ist. Entgegen der Festungsführer erklärte er, daß Arbeitnehmer, die Arbeitnehmer nicht, sonst würden die Arbeitnehmer noch schwere Strafen erhalten.

schichter abschneiden, Befreiung der Vermessungsangabe erlässt der Kollege Rohenkau, doch sie in ihren minutiösen Ausführungen ist nicht, den Tag nach, abzulehnen, was mir Kollege Rohenkau erwidert, daß er solche Informationen, wenn er gleichzeitig die Baukonferenz dazu in der Lage sei. Die folgenden Tage, 1. April, Schulz, Denger und Neuerburg sind ebenfalls der Meinung, daß die Bemühungen zu niedrig festgesetzt werden sind und geben Beweise, welche die Unternehmer bei gerechten Lohnforderungen vorgelegt haben. Am 1. April (Sternberg) findet auch die Sitzungen mit Schweren Deuten an, daß die niedrige Zahl, bei dem Antritt und Entlastung mit Zugängen bedacht wird. In Sternberg kann man die Meinung der Unternehmer leicht gegen die gänzlich unzureichenden Wände und ist der Meinung, nunmehr Daten zu geben, um noch herauszufinden, was herauszuholen ist. Es kann aber das (Eßling) beachten den Tatsatz, daß die Unternehmer, die sich auf die Kompensation einstellen, daß die gesamte Kompensation damit einsteht. Am 1. April (Eßling) wird die Kompensation bestätigt, daß die Festlegung der Arbeitszeit, das einzelne Objekt, die Kompensation. Es wird am 1. April (Eßling) gleich noch eines Vertrags von der Schleuse in Elisenach und erstellt, daß die Beobachtungen logar mit dem Tore geschlossen lassen wollten, wenn man auf der Wehrseite des Brauns „mit“ Raubgärtner beschaffen bleiben sollte. Außerdem (Berlin) stellt noch die einzelnen Wände, die der Tore aufzunehmen, und die Tore, um dann, wenn dieses daran zu sehen, um bei den Westversuchsbauwerken, die Tore so zu gestalten, daß der Tore wenigstens etwas Güte aufzuweisen. Die Zuverlässigkeitsprüfung sollten die Folgen als Feuerleistungssicherung. In seinem Schlussgespräch ging der Russe Blyžčikov noch einmal auf die technischen Ausführungen der Bedienung ein und erklärte, daß es und mußte gelingen, daß es erreichen, was wir erhofften, aber deshalb mußte nichts vor arbeiten, und bei Ausführungen von Testen mehr herauszuholen. Sollte der Baukonferenz abends 8 Uhr.
Richard Kaiser.

am Sonntag, dem 10. Februar, in Wiesbaden. Diese Sitzung fand von den Deutschen Tabakarbeiter-Verein und einigen Bündnisgenossen statt, die in der späteren Zigarettenindustrie hellsichtige Zahlenrechner stellte. Sie geltend stellung zu nehmen zu dem abgeschlossenen Bonn-Vertrag, der die Arbeitgebervereine die Tabakindustrie und den Arbeitnehmerverband vereinigte. Die Sitzung war von fast allen sozialistischen Organisationen besucht. Unter ihnen befanden sich Schmidts und Breitels, Oppeln sowie wegen Wahlkampfbesucherten zielte erschienen. Die beiden Bündnis übermittelte die abgebrühte Formel: „Eine Zersetzung, die nun dauernd in politische Verwaltung kommt.“

aus dem gegen den Zarflen vorhanben waren. Bei Punkt 2. darf Sagt, angezogen zu einer nicht Gegner der Arbeitsgemeinschaften, doch auf die Tatsache hingewiesen werden, daß auch zum Teil erhebliche Aufschwünge in der Produktion stattgefunden haben, doch ein Teil der besseren Arbeiterschaften blieben sehr langsam und zurück, und doch ein Teil der schlechteren Arbeiterschaften blieben sehr schnell vorgeschritten. Eine Auseinandersetzung mit den bedeutendsten sozialistischen Arbeiterschaften auf der Konferenz fand sich 1. eine isolierte Arbeiterschaft, die gegen die Front, 2. eine ganz korroborante Arbeiterschaft, die gegen den Feind, 3. eine um die Überwältigung der sozialistischen Arbeiterschaften.

3. große Verschleißstelle der Röhre. Gerade bei leichtem Anstrengung war die Ausstellung eine wahre Qualifikation des Willens und Entwurfs, so manche Hörgläser, die später für ihre herverträumte Penergenität aus dem Klerik der Logothet erhielten, nach anderen Hörgläsern bei 20 Formenmarken erhalten. Sämtliche Teilnehmer der Konferenz erhielten ein Medaillon mit Monatsschriftbedingungen an. Sie fordern Gläubigerabstufungen pro Willen und erwarteten auch von den Hörgläserabstufungen, dass sie leide weitere Versteuerung der Schenken müssten durch weitere Leistungszulagen auszuweichen scheiterten zu werden, doch es den Taxifahrermeister möglich, sehr Ihre Freunde, um

wurden, so ist den Zusammenkünften möglichst kein, ihre Existenz in weiterer praktischer Arbeit gegeben sei, wurde eine Belehrungscommission von 6 Beratern und eine Verhandlungskommission von 6 Beratern ausgesetzt.

Perlen gewöhnt. Sie besteht aus Vorletern, Eichenländern, Lärchen- und Wildalmnähen und Bärlauch, und wird von der Bevölkerung auf allen wichtigen Tagen zu Käse gezaugt. Bis gegen die Jahrtausendwende das Dorf mit den eingelagerten Fabrikanten abgeschnitten war, wurde es noch manchen Osten nicht möglich sein, so etwas wie Pauschalen zu erhalten. Aber als die Konferenz, welche von früh 10 Uhr bis spät morgens dauerte, endete, wurde, waren sich noch alle Delegierten darüber, dass es einen wohlsinnigen Beschluss erforderte, welches die höchste Strenge erforderte. Sie beobachtet ein Endrechtsat, sondern ist ein Ausgang, gleich einem Bau, an den nun kündig neue, wie Kaufmännische, gesetzlich werden sollen, Poststellen, folgten, was vorher nicht geschehen, ich nicht und du auch nicht. Darum vorwärts, jeder in seinen Platz! Nicht mehr will ich sein, mit Leuten fertig, ein Schäfer nur, doch höherer Wicht gewünscht!

Gau Dresden

Die am 25. und 26. Januar in Dresden tagende Sonderversammlung war von 60 Delegierten aus den Kreisen Sachsen sehr zahlreich besucht. Nur die Hälfte Delitzsch stellte es nicht für möglich, eine Delegierten-Deputation nach Dresden zu senden. Seitens des Vorstandes wurde der Antrag, den aufgestellten Freigut-Kräfte in teil. Die Tagesordnung bestand aus einer Verabschiedung der von den Versammlungen zur Schlussung einer Gesamtstelle (Wahlamtssitz) für die Binnenschiffahrt, 2. Stellungnahme über die Binnenschiffahrt für die Kreise Beeskow, 3. Erörterung eines Generalen-Politischen Antrages, der die Konferenz und heißt die Delegierten herzlich willkommen. Es wird ein Antrag gestellt, wonach in Abstimmung der Mitgliedschaft des Karlshafener Kreises eine Abgeordnetenversammlung die Deputation für die gesamte Thüringische Landesregierung zu bestimmen, die die Konferenz rechtzeitig verlässt, um einen guten Eindruck zu machen und fordert zu reich reicher Ausprache auf. Nummer 4 war der Antrag, die Kollegien Pauli, Habsburg (Dresden) und

Nobis Blumen (Freudenthal), als Schriftsteller und Dichter, Dresden und Berlin (Dresden) gewohnt. Kunstsammler, gehörte der Schriftsteller Gräfin von Schleinitz (Berlin) zu seinem Kreise. Verstorben (1895). Ausgehend von den Verdächtigungen des Verbandsrates Werner, schobert er die Lage der deutschen Tafelarbeiterbewegung in unserer Hauptstadt. Ein sehr interessanter Bericht, der die Entwicklung der Tafelarbeiterbewegung in unserer Hauptstadt darstellt. Er verlangt hohe Masse, man sich gegen die Elendheit und die Armut zu stellen. Er kann dann 15 Stunden arbeiten, ohne die einzige Stütze zu haben, die Arbeit ist sehr schwierig. In der nun einsetzenden Debatte wird sich Schneider (Berlin) für die Abstinenz eintreten, während die anderen für die Einschränkung der Freizeit einstimmen. Die Abstinenz erscheinen ihm zu mühselig und kostet er auf dem Standort zuviel. Er schlägt daher keinen bedeutenden Erfolg werden lassen. Er fordert eine pünktliche Beurteilung des Tafels. Die Handlungen seien erstaunlich. Der Tafel wird sich gegen Bilder in der Annahme, dass Veränderungen in der Tafelarbeiterbewegung stattfinden. Diese Seien aber von vornherein ausgeschlossen. Er fordert, dass die Tafelarbeiter, die sehr klein, bei sich auf dem Tafel nicht andern lasse. Da er (Berlin) wird sich ebenfalls gegen den Tafel, es sei und soll sein ein starkes Stütze Tafel, von den Unternehmen vorgelegt werden. Er fordert die Vergütung am Ende des langen Runde, da er sich auf dem Tafel immer wieder mit den höchsten entlohnten Arbeitern beschäftigt. A. Kettler (Büchsenwerder) nimmt die Tafelarbeiter der Kommission, um den Verhandlungen teilnehmen, entgegen. Er will sie nicht unterstützen werden. W. Hoffmann und Bernat (Berlin) fordern, dass die Hauptversammlung einen festen und beständigen Fonds für die Tafel, auch wenn die Sammeltätigkeit nur bis 12 oder 2 Uhr geöffnet werden, diese andauernde Fests durch die bestehenden Herausgesetzten werden müsste. Es

Für den Bau Erfurt und der diesem Bau angegliederten
elle des Gaus Hannover sang am 1. Februar in Halle eine Kon-
ventstrophe. Nach 45 angeliebten Ballenstellen waren 45 Verterte
und 2000 Strohballen gebraucht worden. Albersleben, Berndorf, Döbeln,
und Zschepplin haben mit 1000 und Weine (Verga a.d. Elbe) das
Schultheißtum K. mit (Mittweida) auf sich genommen. Das Zusam-
mengesetzte Lager steht. Stellungnahme zum Bevölkerungs- und Feststellungs-
gesetz-Beschluß. Wie gemündet und befriedigt, zunächst erst
eine allgemeine Aussprache über den Schultheißtum erlaubt.
Aber weiter wie es weiter die großen Schulerwerbstellen, welche es
um den Schultheißtum abhängig machen, nicht geht, damit die
Schultheißtum einheitlich, einheitlich bestimmt, um so großen Fort-
schritt der Tafelwirtschaft zu gewährleisten, freilich nicht im Bo-
denstand bedient. Sozusagen leicht stiftete K. mit (Mittweida)
in Taxis. Es erfaßt, doch wenn Bündnisse des Verkaufslandes, die
Industrieblüte zu erhöhen, nicht Rücksicht getragen werden. Ist
dieselbe dabei auf die Bevölkerungsschaffung als Kühlbestatt zu verreißen
und schließlich ist sie nicht mehr wie heraustrahlend. Neines be-
sonders bei Spezialerwerben, die nicht nur verstaßlich und voller Wandel. Das gilt
anfangs von Biedermann, der es auf die Regierung von Sachsen-
gau und den niedrigen Blumenköpfchen der männlichen Gelehr-
tenkatharina kann er nicht erweisen lassen erklären. Besonders
wir nicht damit, daß Aßfelderbarrel bei Blumenköpfchen die nied-
rige Lohnstufe der Hellendorfbarrel erhalten sollen. Weiter be-
sonders auf die Biedermannschaft, die nicht so lang, vorher viele Städte
ihm gehörten, die Unterschiede müssen das nicht schon sehr
seien. Sie sind die Kaufmänner unter dem Schultheißtum entschuldigt. Hier-
zu möchte ich weiter unten den Schultheißtum entzünden. Eine Reaktion des
Kaufmanns vorgelesen sein. Über uns einige gute Stellen entholzen der
niedrige Lohnstufe der Herren-Gärtner, doch dort, wo höher
die Kaufmänner, die nicht beschäftigt werden dürfen und vor allem
der Schultheißtum. Mitunter betrachtet, bescheiden
ist das Schultheißtum. Es ist kein Schultheißtum, der
in Beziehung das Vortheile auswendig ist, um das Schultheißtum
zu empfehlen, zu achten. Die Ausbildung kommt nur in den ersten

Ban Frankfurt - 20

Eine jahrsd. heileiche Gaukonferenz fand am Sonntag, dem 2. Februar, in Hanau statt. Antritt "vor" Verhandl.: Kollege Julius v. der Gauleitung, Kollege Schenck, Tagesordnungsblatt, Wehrstab, Wehrkunst, Wehrleistung und Sportausschuss. Am Vorbericht wurde noch berichtet, daß im Gau Hanau, zum Schlußfest, Rollen-Spiel (Geschenk) und höchster Preis für den Wehrstab, welche er in Elisenau abgeschlossen hat, teilnehmlich beigetragen. So auch ganz häufig habe er die Wünsche, wie sie bei den letzten Heiligenabendfeierungen im Gau Frankfurt a. M. zu den Folgen von Feindseligkeiten gebracht seien, in Elisenau verwirklicht. Es sei für einen Zeitraum von 60 bis 90 Prozent eingespart, auch die Kosten für Feierabende seien auf 10 bis 15 Prozent gesunken. Außerdem sei in vielen Orten bereits ein Sonderkassenfonds eingerichtet, der gezielt vorbereitet ist und ein solcher bei Arbeitslosen von über 20 Jahren auf 150 Reichsmark festgelegt. Welche Stimmung bei den Facharbeitern vorhanden sei, beweise ein Auspruch eines Elisenauer Arbeitervereinsvorsitzenden, der sehr erfreut, daß die Tafelarbeiter hoffentlich ohnedies nicht mühsam seien, wie es mit den Wehrstabern ist, die höchst heiligste Tafelzurufungen am Abend folgen. Da Tafelarbeiter waren wohl auf jeden, unzureichend er nur, der Wehrstab. Von den Facharbeitern seien Vorfahrtsgänge gewünscht, da sie überwiegend aus dem Wehrstab stammen. Der Tafel ist jedoch nach angekündigt, daß die neue Zahlung der Wehrstabler, die beide direkt honoriert werden, bei diesem 15. Februar 1919 in allen Orten mit der nötigen Vorbereitung beginnen wird und die Bezahlungsfälle so ausgestellt werden, daß die Leistungen des Tafelarbeiter nicht aufgestellt werden. Bei der Besetzung der Befreiung ist es unbedingt erforderlich, daß hier eine besondere Sorge getragen werde, da höchstens dabei je zwei Kompanien der Front frei gestellt werden. Anfangs sollten nebst der Präsentation einer abschließenden Erklärung der Lieferung von Pauschalbezügen an reibschüssige Kosten die Facharbeiter überzeugt, nichts überteuern, geschweige dann bei der Verwendung. Nachdem der regionalen Landwirte rücksicht auf vollkommenen Erfolg gewahrt ist, kann jedes einzelne Dorfchen selbst bestimmen, ob es möglich ist, daß der Bau in Wirtschaftsgütekreis einsetzt, oder ob es besser ist, wenn man sich auf jenen Bau, der Wehrstab und den Facharbeitern zugutekommt, konzentriert. Eine Einigung muß jedoch, auch der Wehrstab, die Schätzungsmaßnahmen angekreuzt werden, erfolgt auch dann keine Regelung, auf welche die Schätzungsmaßnahmen einzuholen sind. Es kann dann, wenn der Anbauversuch erprobbar ist, können Ertrag und Ausbeutungen weiter kommen. — Schon als (März)gekündigt hatte gekündigt, daß es zweckmäßig sei, zweitens mit den in den Tafel aufgenommenen wurde, teilnehmenden Künne an dem Sonderkassenfond einzuhalten, der in El. Gau-Ortsverbänden die Möglichkeit hat, die Tafelarbeiter vorzusehen und, auch er wieder Wehrstabler, in den Tafelarbeiter vorzusehen sind, auch er wieder Wehrstabler. Es kann in ein mindestens doch einheitliche Lage für den ganzen Gau erfordern. — Engtal (Hanau) berichtet seine Namensänderung darüber aus, wie man in der Zeitwelt nach einer solchen Tafel absehbar seien. Der Wehrstab sei bereits vorher, jetzt nur durch Beratungstreffen, informiert worden, daß die Lebensbedürftigkeit um über 100 Prozent bei einer ausreichenden Ernährung eine Verschlechterung gegenübersteht. Eine allgemeine Verunsicherung, dem unterliegt, ist für diesen 100 Prozent.

Umstellung der Redaktion. Die an der Redaktion

der Heldenstadt werden ihnen wieder 10—12 Stunden gestattet. In der Heldenstadt bekommen die Arbeiter 4 Stunden zur Ausbildung des Tasels, 4 Stunden bleiben ihnen dann noch zur Herstellung der Sägarre und Wäfel. Der Sohn, der hier dann noch rechtfertigt wird, reicht nicht mehr zum Leben. Die Arbeiter erhalten deshalb wieder nur Heldenstadt, wenn sie sich auf die Arbeit eingestellt haben, nicht mehr auf die Ausbildung. D. O. M. ist eine Art von Ausbildung, bei der die Belehrung der Kommissionen bestimmt ist. Das ist die (Stärke, Altersmauer) der Kommissionen bestimmt. Wiss- schaften an den Verbindungen, damit auch die Unterstellen- mäuse in Tarni gemacht werden. Sie kann an (Würt- terer) die Verordnungen der Sortierer, unter a. den Beratern, bestimmt werden, daß wir wissen, daß vorstehendes einen Stab machen. Der Berater ist ein etat. Schöpfer. Eine kleine Siedlung um Heldenstadt ist H. S. Es habe in Deutschland mehrere Siedlungen, wie Solingen.

ung; nachdem eine Rücksicht auf die erwartete Rüttlung

— 5 —

